

# FDP – Fraktion

## in der Stadtverordnetenversammlung Limburg

---

**Herrn  
Stadtverordnetenvorsteher  
Michael Köberle  
Rathaus**

**65549 Limburg**

Vorsitzende:  
Marion Schardt-Sauer  
Irmtrauter Hof  
65554 Limburg  
marion@schardt-sauer.de

Limburg, den 12.04.2017

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher,

ich bitte Sie, nachfolgenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Stadtverordnetenversammlung zu nehmen:

### **Tagesordnungspunkt: Busempfangsstation**

#### **Beschlussvorschlag:**

#### **Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:**

Der Magistrat wird gebeten, vor der Sommerpause im Haupt- und Finanzausschuss zu berichten:

- a.) Wie sehen die weiteren Planungen des Magistrats für die Busempfangsstation aus?
- b.) Wie gestaltet sich dabei aktuell das Kostenvolumen?
- c.) Welche Überlegungen gibt es bei einer Aufgabe des aktuellen Standortes für dessen Folgenutzung? Kann man hier das Lahn-Ufer schöner gestalten?
- d.) Welche Kosten wurden durch die Planungen für den Neubau- und oder Umzug der Busempfangsstation in den letzten Jahren bisher verausgabt?
- e.) Welche Standorte prüft der Magistrat aktuell?
- f.) Werden bei der Standortprüfung Busunternehmen im Hinblick auf die Tauglichkeit mit einbezogen?
- g.) Gibt es Überlegungen, Station und Ausstiegsmöglichkeit für Touristen zu trennen?

#### **Begründung:**

Die Busempfangsstation in Limburg befindet sich – leider- bereits seit vielen Jahren in einem optisch peinlichen Zustand. Die vielen Bustouristen haben bei ihrer Ankunft in Limburg einen wenig schönen ersten Eindruck. Daneben ist die räumliche Situation für die sehr engagierten Mitarbeiter der Tourist-Info bescheiden und wer bei Schließungszeiten dort auf Toilette muss, hat Herausforderungen zu bewältigen. Obgleich über den dringenden Handlungsbedarf ein breiter politischer Konsens besteht, passiert – leider - seit Jahren nichts!

In der Stadtverordnetenversammlung am 24. Juni 2013 wurde seitens der Stadtverordnetenversammlung hierzu ein Grundsatzbeschluss gefasst. Bei Gegenstimmen der FDP-Fraktion – die eine

Verlegung bevorzugt hat- wurde ansonsten einvernehmlich ein Neubau am Standort Katzenturm beschlossen – ebenso übrigens die Neugestaltung des dort verdreckten Lahnufers.

Der Neubau wurde entsprechend den seitens der Fachverwaltung der Stadt vorgelegten Entwürfen beschlossen. Bereits in den Haushaltsberatungen Ende 2013 wurden die erforderlichen Planungsmittel von der Mehrheit beschlossen. Damit konnte es 2014 zügig losgehen. Nur passiert ist nichts. Von der noch unter Ziffer 4.-6 beschlossenen Prüfung (Vorlage 12/0303) der alternativen Gestaltung des Reisebusverkehrs hat man nie mehr etwas im Parlament gehört.

Die Vorentwurfsplanung der Experten hatte eines übersehen, was wohl erst nach Beauftragung eines externen Büros zu Tage trat: Eine Stromleitung dort verhindert einen Neubau am vorgesehenen Standort.

Dann ging man ungeachtet des Parlamentsbeschlusses in 2015 dazu über, im Magistrat über die Anmietung von Räumlichkeiten an einem anderen Standort zu beraten. Der Sachstand wurde erst auf entsprechende Anfrage in 2016 mitgeteilt. Die intern erstellten Pläne (Mitteilung 16/021) erwiesen sich in letzter Konsequenz nicht als umsetzungsfähig.

Die Planungen zu dieser wichtigen Anlaufstelle für Busse in Limburg sind schlicht ein Trauerspiel und kein Musterbeispiel für den verantwortungsbewussten Umgang mit Steuergeldern. Seit der Standortentscheidung 2013 sind 4 Jahre vergangen. Busse werden immer größer; das Geschehen hat sich weiter gewandelt.

- Wie will der Magistrat auf das Scheitern aller bisherigen Überlegungen reagieren?
- Wie sehen zukunftsorientierte und moderne Lösungen aus?
- Wie kann man die Station attraktiv gestalten?
- Wie wird man den Belangen der Reiseführer, Touristen, Busunternehmen und Mitarbeiter der Touristinfo gleichermaßen gerecht?
- Warum müssen die Touristen dort aussteigen, wo die Busse parken?
- Was spricht gegen Standorte am Schleusenweg, Parken an der Markthalle, Ausstiegsstationen an der Alten Lahnbrücke und am Bahnhof?
- Welche Modelle werden in anderen Städten praktiziert?

Dies sind nur einige der Fragen, die sich bei einer breiten und offenen Diskussion über eine Lösung stellen. Die Aufrechterhaltung des bisherigen Zustands kann keiner wirklich wollen.

Und eines ist aus unserer Sicht unabdingbar: Alle weiteren Überlegungen und Verhandlungen sollten zunächst vom Magistrat in den Ausschüssen und der Stadtverordnetenversammlung vorgetragen werden um die Möglichkeit zur breiten, öffentlichen Diskussion zu gewährleisten. Der einstige Grundsatzbeschluss über den Standort ist im Parlament gefasst worden. Es liegt nun am Magistrat, der Stadtverordnetenversammlung mit einem Bericht über Gestaltungsmöglichkeiten und Darstellung der Kosten eine neue Entscheidung vorzuschlagen. Dafür ist es nun höchste Zeit und dieser Berichtsantrag möchte hier zu einer zeitnahen Beratung und Lösung beitragen.

Weitere Begründung erfolgt mündlich.

Mit freundlichen Grüßen



Marion Schardt-Sauer  
Fraktionsvorsitzende